

Pressemitteilung

25. März 2018

Teilhabe von Frauen mit Behinderung weiter verbessern

Hessisches Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung zieht Bilanz nach zehn Jahren UN-Behindertenrechtskonvention

Frauen mit Behinderung sind auch in Hessen trotz aller Bemühungen um Inklusion nach wie vor von Mehrfachdiskriminierung betroffen. Darauf macht das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung (HKFB) aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) aufmerksam. Deutschland hat das Internationale Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen am 26. März 2009 ratifiziert, das Land Hessen hat im August 2012 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK veröffentlicht, der konkrete Maßnahmen formuliert, mit denen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit Behinderungen erhöht werden soll.

Ein Ziel, das im Landesaktionsplan genannt wird, ist die Verbesserung des Schutzes vor Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch für Frauen mit Behinderungen. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) hat in diesem Bereich bereits einiges an Aufklärungs- und Informationsarbeit geleistet und die Vernetzung von Organisationen der Behindertenhilfe und des Gewaltschutzes unterstützt. Ausdrücklich zu loben ist, dass das Land die Arbeit des HKFB finanziell fördert und eine Bestandsaufnahme zur Zugänglichkeit der Beratungs- und Schutzeinrichtungen vorgelegt hat. „Doch in der praktischen Umsetzung bleibt noch viel zu tun. Frauen, die Gewalt erfahren haben und Hilfe suchen, stehen weiterhin vor behinderungsbedingten Barrieren“, sagt Rita Schroll, Leiterin des HKFB. So fehlt für gehörlose Frauen und Mädchen die Möglichkeit, der schnellen und unbürokratischen Finanzierung von Gebärdendolmetscher*innendiensten, wenn sie nach Übergriffen Beratung und Unterstützung benötigen. Hier könnte das Land Abhilfe schaffen, indem es einen zentralen Fonds einrichtet, über den zeitnah die nötigen Mittel abgerufen werden können. Zudem fehlt es an Angeboten des Empowerment und der Selbstverteidigung für Mädchen und Frauen mit Behinderung, die ihr Selbstwertgefühl steigern und so zu ihrem Schutz vor Gewalt und Übergriffen beitragen.

Wie die in 2012 veröffentlichte repräsentative Studie „Lebenssituation und Belastung von Frauen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen in Deutschland“ belegt, sind Frauen mit Behinderung im Vergleich zu Frauen ohne Behinderung, in besonders hohem Ausmaß von Gewalt und Übergriffen betroffen. Dennoch fehlt es, wie auf der Seite www.frauenhaeuser-hessen.de auf einen Blick zu erkennen ist, nach wie vor an für Frauen mit Behinderung zugänglichen Frauenhäusern.

Auch bei der medizinischen Rehabilitation bestehen weiterhin aufgrund der Behinderung große Defizite: „Personalknappheit führt dort häufig zu Überforderung. Es bleibt keine Zeit, für behinderungsspezifische Hilfestellungen z. B. bei der Orientierung oder für die Verbalisierung von Übungen bei Gruppenangeboten. Dadurch erleben Frauen mit Behinderung erneut Ausgrenzung, was eine Genesung erschwert oder sogar verhindert“, stellt Rita Schroll fest.

Auf dem Arbeitsmarkt sind Frauen mit Behinderung noch deutlich geringer vertreten als Männer mit Behinderung. Auch das Hessische Perspektivprogramm zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen schwerbehinderter Menschen (HePas) nutzen sie seltener als Männer. Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung hält daher weitere Förderprogramme für nötig, die speziell Frauen mit Behinderung im Fokus haben. Zudem schlägt es vor, den vom HMSI jährlich ausgeschriebenen „Landespreis Beschäftigung und Integration schwerbehinderter Menschen“ um eine Kategorie für die Beschäftigung von Frauen mit Behinderung zu ergänzen.

Das Hessische Koordinationsbüro für Frauen mit Behinderung besteht seit 26 Jahren und ist seit 2015 in Trägerschaft des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes Hessen. Dessen Landesgeschäftsführerin Dr. Yasmin Alinaghi sagt: „Maßnahmen und Kampagnen des Landes Hessen richten sich bisher zumeist an Menschen mit Behinderung, ohne dass, wie im Landesaktionsplan als Ziel formuliert, für die besondere Lebenssituation und die Mehrfachdiskriminierung von Frauen mit Behinderungen sensibilisiert wird.“ Und sie resümiert: „Zehn Jahre nach Inkrafttreten der UN-BRK ist Inklusion ein breites gesellschaftliches Thema, über das weiterhin leidenschaftlich gestritten wird. Obwohl die Idee der Inklusion nicht neu, sondern bereits im Grundgesetz verankert ist, erfordert die Umsetzung auch heute noch einen tiefgreifenden Wandel unserer gesellschaftlichen Denkstrukturen.“

Ansprechpartnerin für die Presse:

Rita Schroll

Auf der Körnerwiese 5

60322 Frankfurt am Main

Tel.: 069 955 262-36

Fax: 069 955 262-38

Email: hkfb@paritaet-hessen.org

Internet: www.hkfb.de